Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 14/2023

01. Dezember 2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November hat nicht nur weitreichende Folgen für die Haushaltsführung in Bund und Ländern. Es hat auch Konsequenzen für den Ablauf dieser Sitzungswoche. Ursprünglich wollten wir in dieser Woche den Bundeshaushalt für 2024 verabschieden. Nach intensiver Prüfung des Urteils und der öffentlichen Expertenanhörung haben wir uns dazu entschieden, die Haushaltswoche zu verschieben – und zwar aus guten Gründen.

Die Verfassungsrichterinnen und -richter haben den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt. Das bedeutet, dass ein Teil des Klima - und Transformations-Fonds (KTF) - nämlich 60 Mrd Euro - nicht gedeckt ist. Zwar wird der Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds, mit dem unter anderem die Energiepreisbremsen finanziert werden, in dem Urteil nicht erwähnt. Aber auch er ist in logischer und letzter Konsequenz davon betroffen. Das bedeutet, dass wir angesichts des Urteils die Wirtschaftspläne dieser Fonds anpassen müssen. Um dies im Haushalt 2023 abzubilden, wird die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr einbringen. Dafür muss auch für das laufende Jahr 2023 erneut die Schuldenbremse ausgesetzt werden, indem der Deutsche Bundestag die außergewöhnliche Notlage feststellt.

Ich glaube, dass wir weiterhin nicht in normalen Zeiten leben. Im Gegenteil: Wir können nicht abschätzen, wie sich der Krieg gegen die Ukraine und der Konflikt zwischen Israel und der Hamas entwickelt. Noch immer haben viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit hohen Energiepreisen zu kämpfen. Damit uns das in der aktuell schwierigen Lage gelingt, müssen wir sicherstellen, dass auch in Zukunft genug Geld dafür zur Verfügung steht. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat allerdings deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form längerfristige Transformationsausgaben nicht erleichtert. Wir als SPD-Fraktion halten es deshalb für notwendig, die Schuldenbremse zu reformieren. Dazu wollen wir gemeinsam mit allen demokratischen Parteien nach einer Lösung suchen. Im Moment werden viele Vorschläge für die künftige Haushaltspolitik diskutiert. Als SPD lehnen wir Sozialkürzungen eindeutig ab. Der Unions-Forderung, beim Bürgergeld zu kürzen, stellen wir uns entgegen. Gerade in Zeiten multipler Krisen sind viele Menschen auf Hilfe angewiesen. Ein Teil derjenigen, die Bürgergeld bekommen, sind Beschäftigte, die von ihrem Lohn nicht leben können. Deshalb brauchen wir bessere Löhne, die zum Leben reichen und keine Kürzungen zu Lasten derjenigen, die auf einen starken Staat angewiesen sind. Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen.

Euer Johannes Schraps

Terminauswahl

| Sa, 2.12. | 11 Uhr | Altendorfer Hof, Holzminden
10-jähriges Jubiläum des Seniorenrats Holzminden

| Sa, 2.12. | 18 Uhr | Kleine Kultur(n)halle, Kirchohsen
Weihnachts-Revue des Emmerthaler Blasorchesters

| Fr, 8.– So, 10.12. | City-Cube, Messe, Berlin
SPD-Bundesparteitag 2023

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Besuch bei Hameln Pharma
— Traditioneller Herbstempfang des AdU Weserbergland in Buchhagen
Seite 3 — Bundesweiter Vorlesetag
Seite 4 — Int. Tag gegen Gewalt an Frauen
— Plenartagung des Niedersächsischen Integrationsrates in Hameln
Seite 5 — Betriebsräte-Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin
— Der 1. Dezember: Welt-Aids Tag
Seite 6 — Treffen mit der dänischen Bot schafterin, Susanne Hyldelund
— Podiumsdiskussion der FES Nieder sachsen „Europas Rolle in der Welt“
Seite 7 — Themenüberblick Bundestag
Seite 8 — Unser Bürgermeisterkandidat für Coppenbrügge: Elmar Windeler

Ihr findet mich auch bei:

BESUCH BEI HAMELN PHARMA AUF DER WESERINSEL

Der Gesundheitsbereich war ein bestimmendes Thema in meiner Woche im Wahlkreis. Bei Hameln Pharma war ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Constantin Grosch und der Hamelner Bürgermeisterin Karin Echtermann zu Gast. Im repräsentativen Neubau des Unternehmens auf dem Werder, der Hamelner Weserinsel, haben wir uns mit CEO Beate Küter, mit der Direktorin für internationales Marketing Kathy Brand und dem geschäftsführenden Gesellschafter Christoph Kerstein getroffen.

Als ausgebildeter Apotheker leitet Christoph Kerstein ein Unternehmen, das bereits seit 1890 existiert und heute in vierter Generation inhabergeführt ist.

Als international agierende Pharma-Unternehmensgruppe hat sich Hameln Pharma heute auf die Entwicklung, Zulassung und Vermarktung generischer Arzneimittel spezialisiert. Es war ein ausgesprochen aufschlussreicher Besuch für uns, der uns vertiefte Einblicke in die Arzneimittelproduktion ermöglicht hat. Die Eindrücke nehmen wir mit nach Berlin und Hannover und geben die Eindrücke und Erkenntnisse auch an unsere Gesundheitspolitiker weiter. Vielen Dank für den angenehmen Austausch.

TRADITIONELLER HERBSTEMPFANG DES ADU IN BUCHHAGEN

Der diesjährige Herbstempfang des Arbeitgeberverbands der Unternehmen im Weserbergland fand erneut im Gasthaus Mittendorf in Buchhagen statt und ich habe mich sehr gefreut, dass ich dieses Mal wieder teilnehmen konnte.

Als Festredner konnten der AdU-Vorsitzende Matthias Wagner und Geschäftsführer Dieter Mefus den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach begrüßen. Unter der Überschrift „Krieg und Frieden - Deutschland und Europa im Stresstest“ hielt er einen guten und wirklich bemerkenswerten Vortrag, der an vielen Stellen zum Nachdenken anregte und ein Plädoyer für ein gutes und faires demokratisches Miteinander war.

Ich finde, auch über Parteigrenzen hinweg kann man von der Erfahrung und den guten Gedanken von Menschen, die sich lange für unsere Demokratie engagiert haben, immer etwas mitnehmen.

Ich bin froh, dass ich Wolfgang Bosbach im Bundestag noch eine Weile erleben durfte. Sein Vortrag hat bestätigt, wie ich ihn in Berlin wahrgenommen habe: als jemand, der stärker auf die verbindenden Elemente im demokratischen Miteinander und den gegenseitigen Respekt setzt, als auf trennende Dinge. Herzlichen Dank für den guten Austausch und die tollen Gespräche.

BUNDESWEITER VORLESETAG IN DER GRUNDSCHULE ESCHERSHAUSEN UND IN DER TAGESPFLEGE NORD DER JULIS-TÖNEBÖN-STIFTUNG

Der bundesweite Vorlesetag fand in diesem Jahr wieder am 17. November statt. Da aber an diesem Termin eine Sitzungswoche des Bundestags in Berlin anstand, habe ich das traditionelle Vorlesen in meinem Wahlkreis kurz danach nachgeholt.
In der Grundschule in Eschershausen habe ich den 2ten Klassen und den 3ten Klassen vom kleinen Drachen Kokosnuss vorgelesen.
Meine aufmerksamen jungen Zuhörerinnen und Zuhörer hatten offensichtlich nicht nur viel Freude an der Geschichte über die große „Aufregung in der Drachenschule“, sie hatten nach dem Lesen auch noch ziemlich viele Fragen an mich. Zum Beispiel, was man als Bundestagsabgeordneter so tut, ob dies etwas wie ein Bürgermeister ist und ob ich Olaf Scholz kenne.
Es ist jedes Jahr aufs Neue faszinierend zu sehen und zu hören, welche Fragen und Ansichten Kinder zu den Aufgaben eines Politikers haben und wie Sie mit den aktuellen Geschehnissen auf der Welt umgehen. Da auch die ältere Generation gerne Geschichten vorgelesen bekommt, war ich, nachdem ich im Jahr 2018 schon einmal in der Hamelner Nordstadt vor Ort war, in diesem Jahr auch wieder einmal in der Tagespflege Nord der Julius-Tönebön-Stiftung in Hameln.
Rainer Haak hat in seinem Buch „77 mal Freundschaft - Schön, dass es Dich gibt“ zahlreiche Kurzgeschichten untergebracht, zu denen meine Zuhörerinnen aus ihrer reichlich vorhandenen Lebenserfahrung dann andersherum ebenso viele Geschichten aus dem Leben berichten konnten. Ein wunderbarer Vormittag, den ich hier verbringen durfte und als Dank hatte das Team der Einrichtung auch noch eine Flasche Glögg mit einer Schleife für mich dabei. Vielen herzlichen Dank, dass ich die Schule und die Altenpflege besuchen durfte. Beides hat mir sehr viel Freude bereitet.

INTERNATIONALER TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Noch immer gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität - weltweit und auch in Deutschland. Die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen innerhalb von Partnerschaften, aber auch in Form von Hassreden ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Wir machen uns dafür stark, dass sich das ändert.

Als wichtigstes völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden wir die Istanbul-Konvention mit einer staatlichen Koordinierungsstelle vollständig umsetzen. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, brauchen verlässlichen Schutz.

Dafür braucht es Frauenhausplätze, die bedarfsgerecht zur Verfügung stehen und verlässlich sowie bundeseinheitlich finanziert sind. Der Bund wird sich an der Regelfinanzierung beteiligen. Wir unterstützen bereits den bundesweiten Ausbau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen.

Im Strafrecht haben wir klargestellt, dass geschlechtsspezifische Tatmotive zu höheren Strafen führen. Wird eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist, muss dies als Femizid anerkannt und regelmäßig als Mord aus niedrigen Beweggründen bestraft werden. Justiz und Strafverfolgungsbehörden wollen wir im Umgang mit frauenfeindlicher Gewalt noch besser sensibilisieren.

DER NIEDERSÄCHSISCHE INTERGRATIONSRAT TAGT IN HAMELN

Eine große Ehre für unsere Region, dass wir Gastgeber für die 128. Plenartagung des Niedersächsischen Integrationsrates sein durften. Sie fand im Kreishaus des Landkreises Hameln-Pyrmont statt. Nachdem im Juni des vergangenen Jahres bereits ein Workshop in den Räumlichkeiten der HAWK in Holzminden stattfand, war der Vorsitzende Özcan Irkan mit seinem Vorstand erneut im Weserbergland zu Gast.

Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) setzt sich aus den Vertreterinnen und Vertretern der Integrations-/Migrationsräte, -beiräte oder -ausschüsse zusammen, die bei den Städten, Gemeinden oder Landkreisen bestehen.

Ahmet Özcan und Aromita Sen-Richter begrüßten als Vorsitzende des Migrationsrates Hameln-Pyrmont gemeinsam die zahlreichen Gäste. Neben Landrat Dirk Adomat und mir als örtlichem Bundestagsabgeordneten, gab es Vorträge meines Landtagskollegen Uli Watermann als Vorsitzender der Kommission zu Fragen von Migration und Teilhabe im Niedersächsischen Landtag und einen Impuls von Prof. Dr. Narku Laing zum Thema „Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.

Der Niedersächsische Integrationsrat ist das Vertretungsorgan der zugewanderten Bevölkerung Niedersachsens auf der Landesebene. Als Austauschplattform dient er der politischen Meinungsbildung und der Willensartikulation von Migratinnen und Migranten.

35. BETRIEBSRÄTEKONFERENZ DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Zum 35. Mal hat die SPD-Fraktion im Bundestag Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen und Personalrätinnen und Personalräte aus ganz Deutschland in den Bundestag eingeladen. Die Konferenz stand unter dem Motto „Fachkräfte gewinnen, unseren Wohlstand sichern: Fachkräftepotenziale nutzen – welche Rolle spielen dabei die Betriebe?“. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich Angela Koelman, die Betriebsratsvorsitzende der Hameln Marketing und Tourismus GmbH (HMT), vor Ort in Berlin begrüßen konnte. Zudem haben aus dem Weserbergland Betriebsräte von Symrise, Neudorff und Stiebel Eltron sowie Teilnhmer aus dem Personalrat des Landkreises Holzminden teilgenommen.

Diskutiert wurde über den spürbaren Fachkräftemangel in den Betrieben vor Ort und mit welchen Maßnahmen Betriebsräte und Unternehmen diesem begegnen können. Dazu wurde mit verschiedenen Interessenvetretern aus ganz Deutschland über wichtige Fachkräftepotenziale gesprochen, insbesondere darüber, welche Rahmenbedingungen die Politik schaffen muss, um diese Potenziale für die Betriebe zu heben. Insgesamt waren rund 160 Teilnehmer aus ganz Deutschland nach Berlin angereist, zusätzlich nahmen etwa 120 auf digitalem Wege teil.

Die Konferenz ist ein zentraler Bestandteil in der Zusammenarbeit zwischen den Interessensvertretungen innerhalb der Betriebe und den politischen Entscheidungsträgern in Berlin.

Gesetzesvorhaben und -anpassungen erfordern den engen Austausch über die Bedürfnisse an den Arbeitsplätzen. Die Konferenz ist daher nicht nur als Dank an Interessensvertretungen zu verstehen, die sich tagtäglich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen, sondern dient auch als Frühwarnsystem für aktuelle Probleme und Herausforderungen vor Ort.

DER 1. DEZEMBER: WELT-AIDS-TAG

Weltweit leben ca. 38 Millionen Menschen mit HIV, darunter etwa 90.000 Menschen in Deutschland.

Dank guter Behandlungsmöglichkeiten können sie heute ein weitestgehend normales Leben führen.

Und trotzdem werden HIV und Aids nach wie vor stigmatisiert. Soziale Ausgrenzungen, Ablehnung, teilweise offener Hass sind die weitreichenden Folgen für Betroffene.

Dies hat drastischen Folgen:

So sind schätzungsweise rund 10.000 Menschen in Deutschland mit dem Virus infiziert, ohne es überhaupt zu wissen. Sie können nicht behandelt werden und tragen das Virus unwissentlich weiter, wodurch es jährlich in Deutschland zu etwa 900 Neuansteckungen kommt.

Das muss sich ändern! Wir alle können und müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass sich niemand mehr wegen einer Infektion vor Ausgrenzung, Benachteiligung und Diskriminierung fürchten muss.

Deswegen trage ich heute am Jacket eine rote Schleife als offenes Zeichen um daran zu erinnern, weiterhin für Solidarität mit Aids-Kranken und HIV-Infizierten aktiv einzustehen. Das dies leider immer noch keine Selbstverständlichkeit ist muss uns allen Mahnung sein hierfür einzustehen und bewusst etwas dafür zu tun, dass sich daran etwas ändert. Am heutigen Welt-Aids -Tag, der bereits seit dem Jahre 1988 begangen wird, und auch an allen anderen Tagen im Jahr.

TREFFEN MIT DER DÄNISCHEN BOTSCHAFTERIN SUSANNE HYLDELUND

Es hat mich sehr gefreut, die Botschafterin Dänemarks in Berlin, Susanne Hyldelund, in dieser Woche gleich mehrfach zu treffen.
Zunächst haben wir uns am Montag in meinem Büro in Berlin gemeinsam mit dem Gesandten-Botschaftsrat Uffe Grøn-Sørensen über die ohnehin bereits engen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark ausgetauscht. Wir haben Ideen ausgetauscht, wie wir unsere Zusammenarbeit weiter vertiefen können, u.a. in den Bereichen Handel, Kultur und Umweltschutz.
Ich habe zudem vom Ständigen Ausschuss der Ostsee-Parlamentarierkonferenz berichtet, an dem ich vergangene Woche in Maribo auf der dänischen Insel Lolland teilgenommen habe. Mehr dazu in meinem letzten Newsletter. Außerdem war Botschafterin Susanne Hyldelund gemeinsam mit ihrem irischen Kollegen Nicholas O'Brien diese Woche auch beim FC Bundestag dabei. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der EU-Mitgliedschaft beider Länder haben wir ein Spiel gegen das Diplomaten-Team „Irland-Dänemark Team EU50“ absolviert.

„EUROPAS NEUE ROLLE IN DER WELT“ - DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG NIEDERSACHSEN IN HANNOVER

„Zwischen Anspruch und Wirklichkeit - Europas neue Rolle in der Welt“ – zu dieser Überschrift habe ich im voll besetzten Saal des Leineschlosses direkt hinter dem Niedersächsischen Landtag in Hannover ausführlich diskutiert.
Gemeinsam mit Bernd Lange, unserem Abgeordneten im Europäischen Parlament, und Ökonomin Prof. Dr. Britta Gehrke von der Freien Universität Berlin habe ich über die aktuellen Herausforderungen und Veränderungen für Europa und die EU gesprochen.
Wo muss sich Europa geopolitisch einordnen, wenn auf der internationalen Bühne neue, mächtige Akteure ihre Stimme erheben, um ihre eigenen Vorstellungen von einer internationalen Ordnung durchzusetzen?

In dieser sich wandelnden Welt muss sich die EU behaupten und gleichzeitig sicherstellen, dass Frieden und Sicherheit in Europa gewahrt bleiben. Dabei muss die EU die Diskussion über Selbstschutz, Resilienz und Unabhängigkeit in der Handels- und Industriepolitik gleichzeitig so führen, dass Europa für andere Staaten weiterhin ein attraktives Modell bleibt, ohne sich abzuschotten.
Wie kann Europas Rolle in der Welt also aussehen? Und welche Ziele und Instrumente gilt es für die EU in schwierigen Zeiten mit zahlreichen Konflikten zu verfolgen?
Eine ausgezeichnete Veranstaltung, bei der wir - moderiert von Cosima Schmitt - auf Einladung des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung viele Fragen reflektiert und eingeordnet haben. Und bei der wir auf sehr viele gute Fragen aus dem Publikum eingehen konnten. Vielen Dank für die starke Diskussion und die große Resonanz der Zuhörerinnen und Zuhörer.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Wir reformieren das Staatsangehörigkeitsrecht

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies spiegelt sich jedoch im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht nicht ausreichend wider. Was lange überfällig und längst gesellschaftliche Realität ist, geht die Ampel nun an: Wir reformieren das Staatsangehörigkeitsrecht. Das ist ein klarer Paradigmenwechsel. Menschen, die schon lange hier leben, ihren Lebensmittelpunkt hier haben, die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung teilen, senden wir ein klares Zeichen: Ihr gehört zu uns, ihr seid Teil der Gesellschaft, ihr könnt künftig mitentscheiden und mitbestimmen.

Der Entwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten haben, sieht folgende grundlegenden Änderungen vor. Mehrstaatigkeit ist künftig generell möglich. Die Einbürgerung ist nach fünf statt bisher acht Jahren, bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren möglich. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch, wenn die Eltern fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland sind und ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben (bislang acht Jahre). Auch für die Gastarbeitergeneration und die bis 1990 in die DDR eingereisten sogenannten Vertragsarbeiter:innen wird die Einbürgerung leichter, sie müssen deutsche Sprachkenntnisse nur mündlich nachweisen, auf den Einbürgerungstest wird bei ihnen verzichtet.

Es bleibt grundsätzlich dabei, dass bei Einbürgerungsbewerber:innen der Lebensunterhalt für sich selbst und die unterhaltspflichtigen Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen nach SGB II oder XII erbracht werden muss. Ausnahmen hiervon werden nunmehr ausdrücklich im Gesetz benannt. Ausgeschlossen ist der Erwerb auch im Fall einer Mehrehe oder wenn Personen durch ihr Verhalten zeigen, dass sie die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachten. Ebenso bleiben (weiterhin) Personen mit einer antisemitischen, rassistischen oder sonst menschenverachtenden Einstellung bei entsprechenden Handlungen oder Straftaten von einer Einbürgerung ausgeschlossen.

Rückführungen verbessern

Die Zahl der Geflüchteten aus anderen Staaten ist in Deutschland in den letzten Jahren deutlich angestiegen, über eine Million Menschen davon alleine aus der Ukraine. Dabei ist klar: Wer Schutz braucht, soll ihn erhalten. Wer aber kein Anrecht auf Asyl hat, kann nicht in Deutschland bleiben, sondern muss konsequent zurückgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Rückführung von Straftäter:innen und Gefährder:innen.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen – auch in Umsetzung der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) – schnellere Rückführungen von Ausländer:innen ohne Bleiberecht in Deutschland ermöglicht und die Ausländerbehörden entlastet werden. Dafür sieht der Gesetzentwurf Maßnahmen für effektivere Verfahren und eine konsequentere Durchsetzung der Ausreisepflicht vor. So soll die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams auf 28 Tage verlängert und die Ausweisung von Schleuser:innen sowie von Angehörigen von Strukturen der Organisierten Kriminalität erleichtert werden. Zudem sollen die Möglichkeiten zum Betreten von Räumlichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften erweitert werden und Ein-reise- und Aufenthaltsverbote, Wohnsitzauflagen sowie räumliche Beschränkungen künftig sofort vollziehbar sein. Auch sollen die Identitätsfeststellung und die Abschiebung von Straftäter:innen und Gefährder:innen erleichtert werden.

Weiter ist vorgesehen, Vollzugshindernisse zu beseitigen. So soll eine Abschiebung bei Ausreisepflichtigen in Haft nicht mehr angekündigt werden müssen. Ebenso soll die einmonatige Ankündigungspflicht für Abschiebungen, denen eine mindestens einjährige Duldung vorausging, gestrichen werden. Ausnahmen gelten für Familien mit Kindern unter zwölf Jahren.

Geplant sind außerdem Maßnahmen, die die Ausländerbehörden entlasten sollen, wie beispielsweise eine längere Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen von subsidiär Schutzberechtigten.

Arbeitsschutz in der Landwirtschaft

In dieser Woche haben wir in 1. Lesung einen Entwurf der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens Nr. 184 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 21. Juni 2001 über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft beraten. Das Übereinkommen ist bereits am 20. September 2003 in Kraft getreten. Es ist das erste internationale Instrument, das umfassende Mindeststandards in Bezug auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer:innen in der Landwirtschaft festlegt.

Diese beinhalten insbesondere Regeln zum Schutz von Zeit- und Saisonarbeitskräften und von jungen Beschäftigten, die gefährliche Arbeit verrichten, sowie auf besondere Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen im Mutterschutz. Sicherheit von Maschinen, Umgang mit Chemikalien, Instandhaltung von Anlagen – neben Regelungen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitszeit enthält das Übereinkommen eine Reihe weiterer Mindeststandards.

Da die im Übereinkommen beschriebenen Standards in Deutschland bereits gelten, müssen hierzulande keine gesetzlichen Vorschriften angepasst werden. Durch die Ratifikation trägt Deutschland zur Förderung der internationalen Arbeits- und Sozialstandards der ILO bei.

ELMAR WINDELER IST UNSER BÜRGERMEISTERKANDIDAT FÜR DEN FLECKEN COPPENBRÜGGE

Der Ortsverein Coppenbrügge hat seinen Kandidaten für die Bürgermeister-Wahl im Jahr 2025 benannt. In einem Auswahlverfahren haben sich die Mitglieder nach einem angeregten Austausch auf Elmar Windeler als Ihren Kandidaten geeinigt.

Ich gratuliere Elmar und natürlich auch dem SPD-Ortsverein Coppenbrügge ganz herzlich zu dieser ausgezeichneten Entscheidung.

Elmar hat seine klaren Vorstellungen, wie er den Flecken weiterentwickeln und fördern möchte, überzeugend und mit großer Leidenschaft den anwesenden Mitgliedern näher gebracht. Dies hat sich dann auch in einem hervorragenden Wahlergebnis wiederspiegelt.

Durch seine langjährige Erfahrung in Führungspositionen u.a. in der Verwaltung der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters in Salzgitter bringt Elmar neben seinem Studium der politischen Wissenschaften und der Soziologie bereits ganz Vieles mit, was ein Bürgermeisterkandidat braucht und was für eine erfolgreiche Arbeit im Flecken Coppenbrügge notwendig ist.

In seiner politischen Agenda geht es vor allem darum, der Jugend eine Perspektive zu geben, die Drittmittelförderung zur Chefsache zu machen sowie weitere Akzente in der Seniorenarbeit vor Ort zu setzen. Es ist wichtig, dass wir uns weiterhin gemeinsam für Investitionen in der Region einsetzen und so nachhaltig den Wirtschaftsstandort stärken und weiterentwickeln.

Ich bin davon überzeugt, dass seine Leidenschaft und sein Engagement für den Flecken Coppenbrügge ein großer Gewinn sein können. Ich freue mich schon jetzt auf den Wahlkampf vor Ort und werde Elmar natürlich tatkräftig unterstützen, wo es geht und wo ich kann.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla